

Verkehrswende jetzt — A 20 stoppen!

Umwelt- und Klimaschutzler wollen für nachhaltige Mobilität in Oldenburg demonstrieren

Rastede/Oldenburg, 4. Mai 2022 ▪ Mehr als 15 Umwelt-, Natur- und Klimaschutzinitiativen rufen für Samstag, den 21. Mai 2022, zu einer Demonstration um die Oldenburger Innenstadt auf. Die Gruppen setzen sich dafür ein, dass auf den Bau der sogenannten Küstenautobahn verzichtet wird. Stattdessen soll deutlich mehr Geld in klima- und umweltfreundliche Verkehrsmittel investiert werden.

„Im Verkehrsbereich gibt es bisher die geringsten Fortschritte, was den Abbau der Treibhausgasemissionen angeht, das Niveau hat sich gegenüber 1990 kaum verändert.“, sagt Bele Dietrich von Fridays For Future Rastede und betont: „Wenn wir die Klimakrise in den Griff bekommen und die Erderwärmung auf 1,5 °C begrenzen wollen, wie es das Pariser Klimaabkommen vorsieht, müssen wir auch bei unserer Mobilität sehr schnell eine Kehrtwende einlegen.“ Neue Autobahnen würden diesem Ziel widersprechen. „Was wir brauchen, sind mehr Rad- und Fußverkehr, mehr Busse, Bahnen und einen angemessenen Ausbau des Schienennetzes.“, so Bele Dietrich.

Die A 20 widerspreche den Klimaschutzzielen in besonderem Maße, erläutert Susanne Grube vom BUND Ammerland. „In den ersten beiden von insgesamt 18 Bauabschnitten würden allein durch den Aushub von Torf fast 450.000 Tonnen CO₂ freigesetzt — ohne, dass dort ein einziges Auto gefahren wäre.“ Dazu kämen rund 50.000 Tonnen CO₂ pro Jahr durch den zusätzlichen Verkehr, den die Autobahn mit sich bringen würde.

„Gerade Mooregebiete sind hervorragende Kohlenstoffspeicher, die uns beim Klimaschutz enorm voranbringen könnten“, so Susanne Grube weiter. Die geplanten 200 km Autobahn würden allerdings zu großen Teilen durch Moor- und Marschgebiete führen, die dann als Kohlenstoffspeicher nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Die A 20 ist nicht nur das umwelt- und klimaschädlichste Straßenbauprojekt im Bundesverkehrswegeplan, sondern auch das teuerste“, führt Susanne Grube weiter aus. Der BUND gehe davon aus, dass der Autobahnbau mindestens sieben Milliarden Euro kosten würde. Das sei deutlich mehr als der zu erwartende Nutzen. Deshalb hat der BUND gegen die Baugenehmigung geklagt. Die Gerichtsverhandlung findet am 31. Mai vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig statt.

Deswegen sei es viel sinnvoller, das Geld in nachhaltige Mobilität zu investieren, so Bele Dietrich für Fridays For Future Rastede. „Mit sieben Milliarden Euro könnten zum Beispiel rund 5.600 km Fahrrad-schnellwege gebaut oder fast 1.000 moderne Nahverkehrszüge gekauft werden. Das wäre für das Klima deutlich besser als neue Autobahnen. Dafür werden wir uns am 21. Mai in Oldenburg einsetzen.“

Die Demonstration beginnt am Samstag, 21. Mai, um 13 Uhr auf dem Bahnhofsplatz in Oldenburg und wird um den Innenstadtring führen. Anschließend ist eine Abschlusskundgebung auf dem Bahnhofsplatz geplant. ▪

Initiativen, die zur Demonstration aufrufen

- Fridays For Future Rastede
- BUND Ammerland
- adfc Ammerland
- A20-nie: Koordinationskreis der Initiativen und Umweltverbände gegen die A20
- NABU Oldenburger Land
- Biologische Schutzgemeinschaft Hunte Weser-Ems (BSH)
- W.I.M. — Weniger. Ist. Machbar.
- Klimacamp Oldenburg
- Schutzgemeinschaft Ländlicher Raum Nord-West
- JANUN Oldenburg

- Fridays For Future Oldenburg
- Moor bleibt Moor
- Students For Future Oldenburg
- BUND Jugend Niedersachsen
- Naturschutzgemeinschaft Ammerland
- Verkehrswandel Oldenburg
- adfc Oldenburg

Hintergrund zur A 20

Die geplante Autoban20 soll auf etwa 200 Kilometern von Westerstede in Niedersachsen bis nach Bad Segeberg in Schleswig-Holstein führen. Bei Drochtersen muss dazu ein weiterer Elbtunnel gebaut werden. Die A 20 ist damit das längste und teuerste Straßenbauprojekt, das im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen ist.

Ein Großteil der Strecke führt durch Moor- und Marschland. Außerdem tangiert die Trasse zahlreiche europäische Naturschutzgebiete und bedroht die dort lebenden seltenen Tier- und Pflanzenarten.

Bisher gibt es nur für den ersten Bauabschnitt von der A 28 bei Westerstede bis zur A 29 bei Rastede einen Planfeststellungsbeschluss. Dagegen hat unter anderem der BUND geklagt. Am 31. Mai beginnt dazu am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die mündliche Verhandlung.

Ansprechpartner*innen

- Torsten Schönebaum, adfc Ammerland: 04402 / 9 84 41 55,
am Veranstaltungstag auch 01515 / 6 94 04 12
- Susanne Grube, BUND Ammerland: 04488 / 9 81 39,
am Veranstaltungstag auch 01522 / 5 91 07 92
- Bele Dietrich, Fridays For Future Rastede: